



# Arbeit und Soziales in Stadt und Landkreis

Nr. 7 - April 2018



## Ärztmangel zügig bekämpfen

Der Hausarzt direkt um die Ecke ist eine zunehmend verblässende Erinnerung. Der Ärztemangel erreicht Deutschland und dabei nicht nur die deutsche Provinz, sondern auch immer mehr Kleinstädte. Geht ein Hausarzt in Rente, so findet er häufig keinen Nachfolger mehr. Die Zeiten, in denen die wirtschaftlich schlecht laufenden Praxen auf dem flachen Land geschlossen wurden, sind endgültig vorbei. Nach Zahlen der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) fehlen heute bereits bundesweit 2.600 Hausärzte und täglich gehen weitere in den Ruhestand ohne Nachfolger zu finden. Bis zum Jahr 2030 wird sich die Zahl



auf rund 11.000 fehlende Mediziner vervierfachen. Auch für Baden-Württemberg ist dieser Trend unübersehbar und dennoch behauptet die Landesregierung weiterhin konsequent, dass es keinen Mangel gäbe und alle Regionen ausreichend versorgt seien. Die SPD und auch die KV im Land bestreiten dies jedoch ve-

hement. In den allermeisten Regionen des Landes liegt die Abdeckung mittlerweile unterhalb der Sollwerte. Selbst im Großraum Stuttgart wird es zunehmend schwieriger einen Hausarzt zu finden. Die KV beschreitet nun neue Wege um der Situation Herr zu werden und steigt selbst in die Gründung von Versorgungszentren ein, in denen Hausärzte angestellt werden können. Nach ost-deutschem Vorbild kann so den jungen Mediziner der Beruf schmackhafter gemacht werden, da das direkte wirtschaftliche Risiko gegenüber der eigenen Praxis nicht mehr existiert. Die SPD fordert die Regierung daher auf, endlich die Realitäten im Land anzuerkennen und Schritte zur Lösung des Problems zu ergreifen. Einige Maßnahmen müssen schnell ergriffen werden. Dazu zählen beispielsweise eine Steigerung der Attraktivität der Allgemeinmedizin innerhalb des Medizinstudiums, eine Stärkung des Hausarztes im Gesundheitswesen insgesamt oder Niederlassungszuschüsse für Landärzte in unterversorgten Regionen. Das Land darf angesichts dieser Lage auch nicht zunehmend Mittel im Krankenhausbau kürzen, da die Krankenhäuser eine immer größere Bedeutung bei der Versorgung erlangen werden. Darüber hinaus muss die Telemedizin weiter gefördert werden, um die wohnortnahe Versorgung zu gewährleisten. Nur durch direktes politisches Engagement wird es möglich sein auch in Zukunft eine flächendeckende ärztliche Versorgung sicher zu stellen.

## Ausgewählte Termine in der Region

**17.04.2018**

Demokratie-Forum mit Rainer Hinderer

**Wo?:** Technisches Rathaus Heilbronn

**21.04.2018**

Kreisparteitag zur Gesundheitspolitik mit Rainer Hinderer

**Wo?:** Stadthalle Plochingen

**01.05.2018**

Demonstration zum 1. Mai Heilbronn

**Wo?:** Karlsstraße Heilbronn

**11.05.2018**

Mit Gall unterwegs... „Besuch der Brückenbaustelle an der Neckarbrücke der A6“ mit Reinhold Gall

**Wo?:** A6-Baustelle Heilbronn

## Impressum

Wahlkreisbüro Reinhold Gall und Rainer Hinderer

Wilhelmstr. 3 74072 Heilbronn

Tel: 07131/5943071

Mail: [info@reinhold-gall.de](mailto:info@reinhold-gall.de)

[info@rainer-hinderer.de](mailto:info@rainer-hinderer.de)

Unsere anderen Newsletter und weitere Informationen finden Sie unter:

<http://www.reinhold-gall.de>

## Kinderarmut in Deutschland

Die neuesten Zahlen der Bundesagentur für Arbeit haben es wieder einmal belegt: In Deutschland existiert ein nachhaltiges und umfassendes Problem der Kinderarmut. Im letzten Sommer lag die Zahl der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren, die von Hartz IV lebten bei 2,052 Millionen. Damit ist knapp jedes siebente Kind in Deutschland auf Hartz IV angewiesen.



Und die Zahlen steigen schnell. Gegenüber dem Vorjahr waren dies über 100.000 Kinder mehr, was einen Zuwachs von 5,2 Prozent ausmacht. Gegenüber 2012 sind es sogar rund acht Prozent mehr. Der rapide Anstieg der Zahlen von 2016 auf 2017 lässt sich fast ausschließlich mit der größeren Anzahl von Flüchtlingen und Zuwanderern erklären, die die Statistik nach oben schnellen lassen. Die Zahl deutscher Kinder unter den Hartz IV-Empfängern hingegen bleibt konstant. Doch auch wenn man diesen Sondereffekt herausrechnet ist die Tendenz der letzten Jahre deutlich. Die Quote armer Kinder ist regional jedoch höchst unterschiedlich. Leben in Bayern nur rund sieben Prozent der Kinder von Hartz IV, so sind es in Bremen rund 30 Prozent. Solche Zahlen sind ein Skandal für unsere reiche Gesellschaft; ihr konstantes Wachstum ist noch uner-

träglich. Das Problem, das allen armen Kindern in Deutschland gemein ist, ist der Mangel. Sicherlich nicht im Sinne einer Gefahr zu verhungern, jedoch ein immer präsenter Mangel an Geld und auch an Zeit. Arme Familien haben nachweislich weniger Zeit für ihre Kinder und deren Bedürfnisse. Und dieser Mangel betrifft alle armen Familien, gleich ob Alleinerziehende oder Erwerbslose, mit oder ohne Migrationshintergrund. Gerade arme Kinder leben nicht nur heute in prekären Verhältnissen, sondern ihre Bildungschancen sind geringer, genauso wie ihre Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe. Für arme Kinder wird es zunehmend schwerer der Armut zu entkommen.

Die neue Bundesfamilienministerin Franziska Giffey will den Kampf gegen Kinderarmut zu einem ihrer Schwerpunkte machen. Wichtigstes Ziel muss es sein, die Eltern in feste, sozialversicherungspflichtige und gut bezahlte Arbeit zu bringen, denn nur so lässt sich Armut nachhaltig bekämpfen. Gerade für Alleinerziehende ist allerdings die Frage des Unterhaltes von existenzieller Bedeutung und deshalb wurde die Ausweitung des Unterhaltsvorschlusses bereits in der letzten Großen Koalition umgesetzt. Doch diese Schritte können nicht ausreichend sein und das Problem nicht strukturell lösen. Mit der Kindergrundsicherung wäre ein Weg vorgezeichnet, wie man Kinderarmut gänzlich verhindern kann: Alle kindsbezogenen Leistungen werden in einer Kindergrundsicherung, unter Beibehaltung der Kinderfreibeträge, zusammengefasst. Damit die Kindergrundsicherung am unteren Ende der Lohnskala am meisten wirken kann, werden die Leistungen zusammen mit dem Einkommen der Eltern versteuert. Wer keine Einkommenssteuer bezahlt, erhält demnach die volle Leistung. Wer sehr viel verdient, zahlt auch die meisten Steuern, profitiert aber weiterhin vom Freibetrag. Mit diesem Ansatz könnte die Kinderarmut in Deutschland umfassend bekämpft werden und damit der Zusammenhalt unserer Gesellschaft auch in der nächsten Generation sichergestellt werden.

## Aktuelles

**Krankenhausversorgung im ländlichen Raum.** Die SPD-Landtagsfraktion hält die Mittel aus dem Landeshaushalt für die Krankenhäuser für nicht ausreichend, um den dringend notwendigen Strukturwandel umsetzen zu können und kritisiert die eigentlichen Kürzungen in diesem Bereich. Ihr gesundheitspolitischer Sprecher Rainer Hinderer stellt dazu klar: „Wer die Konzentration von Leistungen in größeren Kliniken fordert, der muss diese auch in die Lage versetzen, entsprechende Investitionen zu tätigen. Außerdem muss er dafür Sorge tragen, dass an Orten, an denen kleinere Kliniken geschlossen werden, die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung mindestens auf dem bisherigen Niveau erhalten bleiben kann. Der ländliche Raum darf nicht zum Verlierer des Krankenhaus-Strukturwandels werden. Mit den deutlichen Kürzungen der Landesmittel in diesem Bereich befördert die Landesregierung aber eben diese negative Entwicklung.“ Nach Ansicht von Hinderer verstecke Sozialminister Lucha seine bisherigen Kürzungen hinter blumigen Worten. Der Wortbruch zur Kofinanzierung des Krankenhaus-Strukturfonds aus eigenen Mitteln und die Kürzungen bei den Landesmitteln für die Krankenhäuser seien nicht gerade Glanzpunkte einer guten Politik.